

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Sie lautet „Sach- und Rechtslage“. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde gefolgt.

Ich rufe die laufende Nr. 32 der Eingabenübersicht auf, die Eingabe 02942/11/17, betr. Kommunalabgaben, Erhebung von Zweitwohnungssteuer.

Auch hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP vor. Er empfiehlt „Material“. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Sie lautet „Sach- und Rechtslage“. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses mit Mehrheit gefolgt.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt und rufe auf den

Tagesordnungspunkt 20:

Abschließende Beratung:

Handwerksbetriebe entlasten - Änderung der Abfallverzeichnis-Verordnung zurücknehmen -

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/6895 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz - Drs. 17/7277

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort für die FDP-Fraktion Herrn Kollegen Dr. Hocker. Bitte!

Dr. Gero Hocker (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Häufig genug wird Politik der Vorwurf gemacht - häufig genug zu Recht -, sie laufe Entwicklungen nur hinterher und agiere nicht vorausschauend.

Es ist richtig, dass wir gemeinsam durch die Aussetzung der Anwendung der Abfallverzeichnis-Verordnung Luft und Zeit gewonnen haben. Aber ich möchte Ihnen gerne ins Gedächtnis rufen, wie die Situation vor wenigen Wochen bei vielen

Handwerksbetrieben in Niedersachsen und in ganz Deutschland gewesen ist, als sich das Styropor auf Betriebshöfen gestapelt hat. Es konnte nicht entsorgt werden, Aufträge konnten nicht angenommen werden, und es sind sogar Jobs in Gefahr gewesen.

Jetzt haben wir Zeit zu handeln, und meines Erachtens müssen wir fordern, dass die Politik in dieser Zeit alles dafür tut, damit sich die gleiche Situation in wenigen Monaten nicht wieder zeigt und wir dann nicht wieder in der Situation sind, dass Handwerksbetrieben die Luft abgeschnürt wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir sind aufgefordert, jetzt zu handeln. Deswegen appelliere ich an Sie, dafür zu sorgen, dass bereits jetzt die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass sich die Zustände des Oktobers und Novembers 2016 nicht wiederholen. Wenn etwas unsinnig ist, muss man das auch als Unsinn bezeichnen können.

Wir fordern die Landesregierung auf - wir würden uns freuen, wenn wir hierfür in diesem Hohen Hause doch noch Unterstützung bekämen -, dass man bereits jetzt alles in die Wege leitet, damit sich solche Zustände nicht wiederholen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Hocker. - Das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Kollege Bajus. Bitte!

Volker Bajus (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dass das Flammschutzmittel Hexabromcyclododecan (HBCD) ein Umweltgift ist, lässt sich nicht wegdiskutieren. HBCD steht im Verdacht, Schäden bei ungeborenen Kindern und Säuglingen auszulösen. HBCD ist sehr langlebig und kann in der Umwelt schlecht abgebaut werden. Der Stoff verteilt sich weltweit und reichert sich in Lebewesen an. Sogar in Vögeln und Fischen in der Arktis wurde der Stoff bereits nachgewiesen.

Wem also die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und eine intakte Umwelt ernsthaft wichtig sind, für den ist die Notwendigkeit einer sicheren Entsorgung dieses Giftstoffes keine Frage.

Übrigens: Auch wenn wegen all dieser Eigenschaften HBCD nach der EU-Chemikalienverordnung als „besonders besorgniserregender Stoff“ gilt und auch international geächtet ist, muss sich, wer noch in einem Haus mit HBCD-haltigen Dämmplatten wohnt, keine Sorgen machen. Nach Angaben des Umweltbundesamtes gasen die verputzten Platten nur wenig aus.

Heute geht es aber nicht um die Nutzung, sondern um die Entsorgung der belasteten Dämmstoffe. Hierzu fordert der vorliegende Antrag eigentlich einfach ein „Weiter so wie bisher!“ nach dem Motto: Gesundheit und Umweltschutz sind uns egal.

Meine Damen und Herren, diese Haltung kann doch nicht ernsthaft Grundlage für verantwortungsvolle politische Entscheidungen sein! Die Forderung der FDP nach einer Bundesratsinitiative hat sich aber auch aus ganz anderen Gründen längst erledigt.

In Niedersachsen sind die Weichen für eine sachgemäße Entsorgung von HBCD-haltigen Dämmplatten zeitgerecht gestellt worden.

(Zuruf von Martin Bäumer [CDU])

Das Ministerium hat frühzeitig im Gespräch - Herr Bäumer, das wissen Sie aus der Ausschussberatung - gemeinsam mit der Abfallwirtschaft die nötigen Vorkehrungen getroffen, um eine sichere Entsorgung zu ermöglichen.

Richtig ist: In anderen Bundesländern gab es erhebliche Schwierigkeiten, auch Entsorgungsengpässe.

Offensichtlich haben viele in der Entsorgungsbranche - obwohl rechtzeitig informiert - das Thema mehr oder minder absichtsvoll verschlafen. Statt die notwendigen Genehmigungen zu besorgen oder entsprechende Investitionen in die Technik vorzunehmen, gab es verbreitet Versuche, das Bauhandwerk und Bauherren mit Phantasiepreisen abzuzocken.

Darauf hat der Bundesrat reagiert und sich vor wenigen Tagen auf eine einjährige Verlängerung der Übergangsfrist verständigt. Zeit genug also, um deutschlandweit eine sichere Entsorgung zu organisieren.

Einer erneuten Bundesratsinitiative bedarf es daher nicht; sie hätte auch keine Chance.

Meine Damen und Herren, es kann doch nicht sein, dass sich Politik vor ihrer gesundheits- und umweltpolitischen Verantwortung drückt und Teile

der Entsorgungswirtschaft nach Belieben und ihren Eigeninteressen entscheiden, wie entsorgt wird. Es ist unsere Aufgabe - die der Politik! -, über den Rechtsrahmen der Abfallwirtschaft, über den Umgang mit gefährlichen Stoffen zu entscheiden, und zwar allein mit Blick auf das Allgemeinwohl. Dafür, meine Damen und Herren, steht rot-grüne Politik in Niedersachsen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Der Redner begibt sich zu seinem Platz)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Kollege Bajus, ich darf Sie bitten zurückzukommen. Herr Kollege Dr. Siemer hat darum gebeten, eine Frage stellen zu dürfen.

Volker Bajus (GRÜNE):

Aber gerne.

(Jens Nacke [CDU]: Das finde ich gut und souverän!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Bitte, Herr Kollege!

Dr. Stephan Siemer (CDU):

Herr Bajus, Sie hatten erwähnt, dass Sie davon ausgehen, dass die Entsorgungswirtschaft die Kunden abzockt. Können Sie sich vorstellen, dass natürlich hohe Kosten entstehen, wenn seitens der Müllverbrennungsanlagen überhaupt keine Kapazitäten für Styropor zur Verfügung gestellt werden und Entsorgungsunternehmen das sehr voluminöse Material annehmen, ohne dass eine Entsorgung in Aussicht gestellt werden kann, weil man nicht weiß, wie man es los wird? Können Sie sich also vorstellen, dass das Problem eher bei der nicht zur Verfügung stehenden Verbrennungsanlagenkapazität liegt?

(Zustimmung bei der CDU)

Volker Bajus (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Dr. Siemer, für die Frage; denn ich glaube, in dieser Pauschalität habe ich es nicht gesagt. Ich habe nicht pauschal von der Entsorgungswirtschaft gesprochen, die das gemacht hat, sondern einzelne Unternehmen haben darauf gesetzt. Gerade in Niedersachsen ist dieser Entsorgungsengpass genau in dieser Form nicht entstanden, weil das Ministerium frühzeitig den Kon-

takt gesucht und mit der Entsorgungswirtschaft gesprochen hat.

Es gibt die Option und die Möglichkeit, sich entsprechende Genehmigungen für die Anlagen zu besorgen oder Anlagen nachzurüsten.

Noch einmal: Die Lösung des Problems kann doch nicht darin liegen, weiterzumachen wie bisher, weil es schwierig ist, das Problem technisch zu lösen. - Das stimmt so eben nicht. Es ist vielmehr möglich, einen sicheren Entsorgungsweg auch in der vorhandenen Entsorgungswirtschaft zu wählen. Aber das setzt voraus, dass sich die Entsorgungswirtschaft in ihrer Gesamtheit bewegt, sich auf den Weg macht und bereit ist, dafür zu investieren und sich der Aufgabe zu stellen, und eben nicht die Not des Bauhandwerks oder der Bauherren ausnutzt. - Das war der Kern meiner Kritik, und er bezieht sich ausdrücklich auf Einzelne. Am Ende hat man hierbei versucht, selbst über Lobbyarbeit Politik zu machen, statt dem umweltpolitischen Primat der Politik zu folgen.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich kann nicht verstehen, warum Sie dieses Spiel am Ende mitmachen, falls Sie diesen Antrag unterstützen.

Vielen Dank.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Herr Dr. Siemer würde jetzt gerne noch eine Frage stellen.

Volker Bajus (GRÜNE):

Solange wir nicht zum Dialog kommen - ich glaube, damit würden wir die anderen langweilen -, gerne.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Nein, von Langeweile ist keine Spur. - Bitte!

(Jens Nacke [CDU]: Das würde ich so nicht unterschreiben!)

Dr. Stephan Siemer (CDU):

Sie antworten hier auf den Antrag und sagen, es habe in Niedersachsen kein Problem gegeben. Ich kenne aber Entsorgungsunternehmen. Zufällig ist meine Mutter Miteigentümerin eines Entsorgungsunternehmens. Dieses hatte das Problem, dass es in Niedersachsen in der Tat Probleme gab. Auch Kollegen in dieser Branche konnten diese Abfälle nicht loswerden. Es gab hier also in Niedersachsen ein enormes Entsorgungsproblem aufgrund dieser Problematik.

Volker Bajus (GRÜNE):

Noch einmal vielen Dank, Herr Siemer. - Ich glaube, jede Rechtsänderung bedarf bei den Akteuren auch einer gewissen Bereitschaft, sich auf Änderungen einzulassen. Dass das nicht an jedem Ort zu jeder Zeit rechtzeitig der Fall war, kann ich mir gut vorstellen. Aber Sie selbst haben gerade die Vergangenheitsform gewählt: Es „gab“ an der einen oder anderen Stelle auch in Niedersachsen Probleme. Ich glaube aber, das ist bei jeder Umstellung des Rechtsrahmens der Fall. Wie Sie selbst gesagt haben: Das war so. - Und es ist gut, dass es jetzt nicht mehr so ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Bajus. - Wir fahren fort. Das Wort hat jetzt für die SPD-Fraktion Herr Kollege Brammer. Bitte!

Axel Brammer (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach der Unterrichtung durch das Umweltministerium im Umweltausschuss im Dezember war ich der festen Überzeugung, die FDP-Fraktion zieht diesen Antrag zurück. Das hat sie jedoch nicht getan.

(Christian Grascha [FDP]: Stimmt!)

Nachdem es in etlichen Bundesländern zu vielen Problemen kam, wurde am 16. Dezember 2016 vom Bundesrat ein einjähriges Moratorium für die Einstufung von HBCD-haltigen Abfällen als gefährlicher Abfall beschlossen. Nach Zustimmung durch das Bundeskabinett wurde dieser Beschluss durch Bundesverordnung vom 22. Dezember 2016 umgesetzt. Damit ist der Bund dem Ansinnen des Antrages gefolgt, und deshalb ist dieser Antrag auch entbehrlich. Was bereits umgesetzt ist, müssen wir nicht auch noch beschließen.

(Jörg Hillmer [CDU]: Das ist ja ganz neu!)

Innerhalb eines Jahres müssen jetzt endgültige Lösungen gefunden werden. Diese sollten bundesweit einheitlich umgesetzt werden. Deshalb wäre auch ein einheitliches Vorgehen wünschenswert. Aufgrund der guten Vorarbeit und der schnellen Reaktion des niedersächsischen Umweltministeriums gehe ich davon aus, dass die Umsetzung in unserem Bundesland kein Problem sein wird.

Auch die Betreiber der Müllverbrennungsanlagen werden sich nach entsprechenden Gesprächen an einer schnellen Lösung beteiligen. Sie können sich darauf verlassen, dass wir ein Auge darauf haben.

Auch wenn die FDP in einem Jahr eventuell nicht mehr dabei ist - - -

(Jörg Bode [FDP]: Wovon träumen Sie nachts?)

- Herr Dürr hat sich doch schon abgemeldet.

(Jörg Bode [FDP]: Weil er dann im Bundestag sitzt! - Dr. Stephan Siemer [CDU]: Der wird Minister!)

Wenn es dazu kommt, werden wir auf jeden Fall, auch ohne Sie, dafür sorgen, dass es zu tragfähigen Entscheidungen kommt. Das kann ich Ihnen hier versprechen.

(Jörg Bode [FDP]: Weil wir dann die Mehrheit haben!)

Allerdings reden wir hier dann nicht nur über die wirtschaftlichen Auswirkungen, sondern auch über die Umweltverträglichkeit. HBCD ist aufgrund seiner Persistenz ein Stoff, der sich weltweit verteilt und in die Nahrungskette gelangt. Herr Bajus hat es vorhin schon gesagt: Er ist bis in die Arktis nachgewiesen. Es muss also eine Lösung gefunden werden, damit dieser Stoff nicht weiter in die Umwelt gelangen kann.

Ihr Antrag hat sich durch das Handeln des Landes und im zweiten Schritt des Bundes erledigt. Sie hätten ihn wirklich zurückziehen sollen. Aber dass Sie das nicht getan haben, gibt mir die Gelegenheit, der Landesregierung an dieser Stelle für ihr Engagement zu danken. Es ist der Landesregierung gemeinsam mit den anderen Ländern gelungen, Pflöcke einzuschlagen. Sie weisen in die richtige Richtung. Wir sind da auf einem guten Weg.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Das ist den eigenen Mitarbeitern unangenehm, was Sie da loben!)

Ihr Antrag war eigentlich schon zu dem Zeitpunkt überflüssig, zu dem er gestellt wurde. Das Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz hatte bereits im Juli 2016 als erstes Ministerium bundesweit einen entsprechenden Erlass herausgegeben. Bei dessen rechtzeitiger Umsetzung vor Ort wären die kurzzeitigen Probleme überhaupt nicht entstanden. Das ist der entscheidende Punkt. Dennoch war der Antrag aufgrund dieser kurzzeitigen Probleme logisch. Schön, dass wir mal drüber

gesprachen haben. Durch das Handeln der Landesregierung und des Bundesrates ist er aber mittlerweile, wie bereits erwähnt, entbehrlich. Deshalb werden wir ihn heute ablehnen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die CDU-Fraktion hat nun das Wort Herr Kollege Bäumer. Bitte!

Martin Bäumer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, wenn die Welt so wäre, wie Rot-Grün sie beschreibt, dann wäre eigentlich alles in Ordnung. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, nichts ist in Ordnung in diesem Staate, und nichts ist so, wie es die beiden Kollegen von SPD und Grünen beschrieben haben. Die Wahrheit ist eine andere, und genau deswegen haben Sie ein Problem.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Man sollte ja für bestimmte Zustände immer bestimmte Zitate zur Hand haben.

(Wiard Siebels [SPD]: Dann erzählen Sie mal!)

- Gerne. Eines meiner Lieblingszitate ist: Wenn man nicht mehr weiter weiß, dann macht man einen Arbeitskreis.

(Anja Piel [GRÜNE]: Das hören wir zum ersten Mal! Haben wir noch nie gehört! - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN - Glocke der Präsidentin)

Aber gestern Abend, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist mir ein neues Zitat zu Ohren gekommen.

(Anja Piel [GRÜNE]: Nein! Ganz neu?)

Das will ich Ihnen nicht vorenthalten, liebe Frau Kollegin Piel.

(Anja Piel [GRÜNE]: Ich bin auch ganz gespannt!)

Und zwar kann man den Zustand, der hier gerade herrscht, ganz einfach beschreiben: Eiert der Minister rum, macht er Moratorium.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der